Demokratie-Reform:

Themen statt Personen

– Das Projekt Themis –

I. Impulsvortrag

Jonathan Rinne

Goethe-Universität Frankfurt | rinne@soz.uni-frankfurt.de

Die Demokratie steht heute vor vielen Herausforderungen. Wir beobachten eine **starke Personalisierung** der Politik – immer öfter wird über die Personen diskutiert, anstatt sich über Inhalte zu verständigen. Zudem sehen wir eine vergleichsweise **geringe Wahlbeteiligung**, **sinkendes Vertrauen** der Bevölkerung in die bestehenden Parteien, und damit zusammenhängend ein Aufkommen von Ein-Themen-Parteien wie den Piraten oder populistischen Parteien wie der AfD.

Ist das eine Krise der Demokratie?! Eher nein – wir scheinen vielmehr eine **Transformation der Demokratie** beobachten zu können. Denn parallel zu den Problemen im Zusammenhang mit Parteien und Wahlen sehen wir, dass sich immer mehr Bürger*innen wünschen, direkt am politischen Entscheidungsprozess beteiligt zu sein – nur eben mittels neuer Wege der Beteiligung. Entsprechend fordern Vereine wie etwa *Mehr Demokratie e.V.* bereits seit längerem eine Ausweitung der Beteiligungsverfahren in Deutschland. Also, wir sehen zwar eine Abkehr von den bestehenden politischen Einflussmöglichkeiten „Partei und Wahl“, aber eben auch eine Zuwendung zu neuen Formen der demokratischen Mitwirkung.

Nicht zuletzt das Brexit-Referendum zeigt aber, dass Bürgerbeteiligungsverfahren kein Patentrezept sind. Einfach Beteiligungsverfahren – mal eine Abstimmung zu Thema X hier, dann eine Bürgerversammlung zu Thema Y dort – zusätzlich zu den bestehenden repräsentativdemokratischen Strukturen einzuführen, reicht nicht aus. Wir als Gesellschaft müssen uns Gedanken machen, wie Parteien und Parlamente **sinnvoll** durch Beteiligungsverfahren ergänzt werden können. Anders gesagt: Wenn die Übersetzung der Präferenzen der Bevölkerung durch Parteien und Wahlen nicht mehr richtig funktioniert, wie kann eine Kombination aus Parteien, Wahlen und Beteiligungsverfahren gestaltet werden, um das zu leisten?

Ich möchte Ihnen einen **innovativen Lösungsvorschlag** hierzu vorstellen, namens **Themis**. Themis ist ein Beteiligungsverfahren, welches die Parteien miteinbezieht, die auf absehbare Zeit eine entscheidende Rolle im Willensbildungsprozess spielen werden. Themis ist ein Verfahren, mit dem die breite Bevölkerung über viele verschiedene Themen gleichzeitig abstimmen kann. Dabei ist Themis sowohl für diejenigen geeignet, die bereit sind, sehr viel Zeit in politische Mitwirkung zu investieren, aber auch für diejenigen, die politisch nicht viel mehr machen möchten, als ein Kreuz zu setzen.

Themis erreicht das, grob gesagt, indem es Bürger*innen die Möglichkeit gibt, über Wahlprogramme abzustimmen. Wie es genau funktioniert, möchte ich Ihnen kurz anhand des **Stimmzettels** zeigen.

O	Freie Wähler	O	CDU	O	SPD	O	Grüne	O	FDP
O O O	Ökologisch nachhaltige Entwicklung: Weiteren Flächenverbrauch minimieren und ökolgische Bildungsangebote ausweiten	O O O	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Bedarfsgerecht für ältere oder benachteilgte Menschen und Familien	O O O	Stadtentwicklung in allen Stadtteilen	O O O	Barrierefreier Ausbau öffentlicher Einrichtungen und Wege	O O O	Alle Schularten in Filderstadt erhalten
O O O	Ausweitung der Wirtschaftsförderung und Abbau von Investitions-hemmnissen - Filderstadt als Wirtschaftsstandort stärken	O O O	Stärkung Kommunaler Arbeitskreis Fildern	O O O	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Bodenpolitik anpassen, Wohnungsbaugesellschaft gründen	O O O	Stärkung und Förderung des Radverkehrs	O O O	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Bauplätze schaffen, Erbbaurecht, Bebauungspläne weniger restriktiv
O O O	Stärkere Förderung von bedarfsgerechten Angeboten für Familien	O O O	Ausbau der B27	O O O	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Nachhaltige Bauprojekte mit unmittelbarer Anbindung an die S-Bahn fördern	O O O	Verkürzung der S-Bahn Taktzeiten und Erhöhung der Zuverlässigkeit der Verbindungen	O O O	Ausbau Gewerbegebiete
O O O	Ausbau der gesellschaftlichen Angebote in den einzelnen Stadtteilen	O O O	Verlängerung der S-Bahn Trasse über Neunhausen ins Neckartal	O O O	Verkürzung der S-Bahn Taktzeiten und Erhöhung der Zuverlässigkeit der Verbindungen	O O O	Einführung von Expressbuslinien von Filderstadt in regionale Zentren	O O O	Bedarfsgerechter Ausbau von qualitativ hochwertigen Kindertageseinrichtungen
O O O	Stärkung des öffentlichen Nahverkerhrs und der städtischen Infrastruktur	O O O	Beibehaltung des Budgets für Werbung	O O O	Verlängerung der S-Bahn Trasse über Neunhausen ins Neckartal	O O O	Intensivierung der Aktivitäten zum Schutz der Streuobstwiesen	O O O	Offene Ganztagsschulen

Man sieht hier zunächst, dass jede Partei eine Liste von Themen hat. Man hat also eine Übersicht, welche Partei welche Themen zur Wahl stellt. Als Wähler*in hat man nun die Möglichkeit ein Kontingent von – beispielsweise **20 – Stimmen** auf die Themen zu verteilen. Wenn mich also das Programm von der Partei A am meisten überzeugt, kann ich mit einem Kreuz (oben neben dem Parteinamen) alle Stimmen auf die Themen in der Liste verteilen. Theoretisch könnte ein Wahlakt damit beendet sein. Wähler*innen haben aber auch weitere Wahlinstrumente: **Kumulieren, Panaschieren** und **Streichen**. Was versteckt sich dahinter?

Erstens, wenn mir ein Thema in der Liste A, für die ich oben ein Kreuz gemacht habe, nicht gefällt, kann ich es einfach **streichen**; dann bekommt es keine meiner 20 Stimmen.
Zweitens kann ich auch einzelnen Themen aus anderen Parteilisten mit **Panaschieren** Stimmen geben. D.h. gefällt mir etwa auch das Thema X von der Partei Y, kann ich dort also auch Kreuze machen.
Drittens kann ich durch **Kumulieren** auch ausdrücken, wie stark ich ein Thema unterstütze – d.h. ich kann beispielsweise dem Thema X von der Partei Y bis zu 3 Stimmen geben. Somit werden dann nur die verbleibenden 17 Stimmen auf die Themen der Partei A verteilt – natürlich ohne das gestrichene Thema.

So kann jeder den Stimmzettel so individualisieren, dass er den eigenen Präferenzen soweit wie möglich entspricht.

Theoretisch muss man auch für keine Parteiliste stimmen, sondern kann vollkommen frei alle Stimmen auf die Themen einzeln verteilen. Man sieht, es gibt eine große Bandbreite an Beteiligung, die man, je nach eigenen Wünschen, ausgestalten kann.
Was ist nun der Vorteil, wenn man mit Themis wählt?
Themis lenkt den Fokus wieder auf die Inhalte, die die Parteien zur Wahl stellen. Da die Kernpunkte klar auf dem Stimmzettel stehen, sind die Bürger*innen besser informiert, was die einzelnen Parteien eigentlich vorschlagen. So soll der zunehmenden Personalisierung und dem Personenfokus in der Politik begegnet werden. Gleichzeitig wird die Kompetenz der Parteien genutzt, um gesellschaftlich fundierte Wahlvorschläge zu entwickeln.

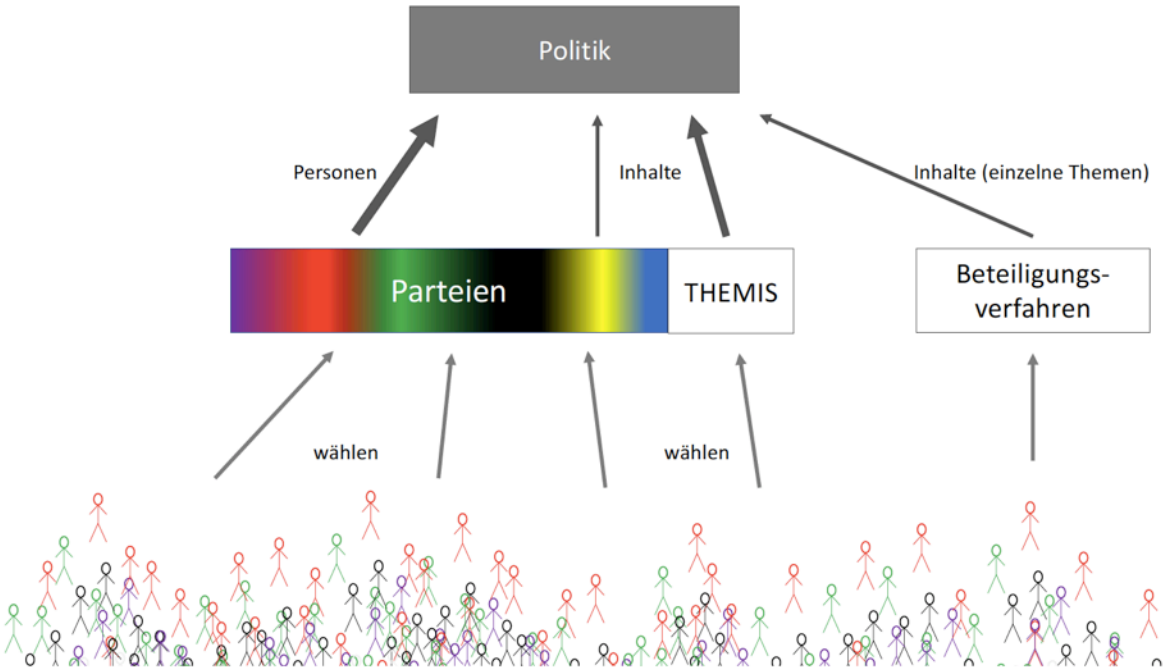
THEMIS Ergebnis Filderstadt 2017

	Thema	Vorgelegt von	Stimmen
1	Verkürzung der S-Bahn Taktzeiten und Erhöhung der Zuverlässigkeit der Verbindungen	SPD, Grüne	1260
2	Ausbau der digitalen Infrastruktur (flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet)	CDU, SPD, FDP	1083
3	Verlängerung der S-Bahn Trasse über Neuhausen ins Neckartal	CDU, SPD	902
4	Barrierefreier Ausbau öffentlicher Einrichtungen und Wege	Freie Wähler, CDU, Grüne, FDP	879
5	Alle Schularten in Filderstadt erhalten	FDP	638
6	Ökologisch nachhaltige Entwicklung: Weiteren Flächenverbrauch minimieren und ökologische Bildungsangebote ausweiten	Freie Wähler	616
7	Einführung von Expressbuslinien von Filderstadt in regionale Zentren	Grüne	595
8	Ausbau der B27	CDU	578
9	Gezielte Sprachförderung aller Kinder mit Förderbedarf	Grüne	576
10	Schaffung von bezahlbarem Wohnraum: Bedarfsgerecht für ältere oder benachteiligte Menschen und Familien	CDU	565

Ein positiver Effekt von Themis ist auch, dass – als Folge des Fokus auf Inhalte im Rahmen einer Wahl – wir uns in der Gesellschaft untereinander wieder mehr über Politik unterhalten. Ähnlich wie das bei Referenden der Fall ist, löst Themis eine öffentliche Debatte über die Themen auf dem Stimmzettel aus.

Darüber hinaus ist Themis besser geeignet als normale Wahlen, die Meinung der Bevölkerung über Themen zu erfassen. Zum einen, weil in Themis nicht gleichzeitig mit einer Stimme über Personen und Inhalte beschieden wird wie bei Wahlen. Zum anderen, weil durch Kumulieren, Panaschieren und Streichen mit Themis viel genauer erfasst wird, welche einzelnen Themen der Parteien von der Bevölkerung gewollt sind.

Mit Themis drücken Bürger*innen eindeutig aus, welche Themen sie tatsächlich unterstützen – und ersparen so den Politiker*innen das Philosophieren, wegen welchem Thema sie jetzt die Wahl gewonnen oder verloren haben. Oftmals ohnehin eine sehr selektive Angelegenheit.



Politiker*innen haben somit einen klaren Auftrag, was sie umsetzen sollen. Wenn man Themis also kurz vor oder nach der Wahl der Personen durchführt, können die Bürger*innen die inhaltlichen Ziele der Legislaturperiode festlegen.

Damit das funktioniert, muss es natürlich einen Sinneswandel der gewählten Politiker*innen geben: Sie müssen sich den Wünschen der Bevölkerung unterordnen und deren Zielvorgaben umsetzen. Dass Politiker*innen dazu theoretisch in der Lage sind, zeigt sich übrigens ziemlich gut in der Schweiz.

Die Nutzung von Verfahren, um den Politiker*innen die Marschrichtung vorzugeben und gleichzeitig deren Kompetenzen zu nutzen, ist für mich eine wünschenswerte „Demokratie der Zukunft“. Ich glaube auch, dass Themis hierbei einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Doch, wie bewerten erfahrende Bürgermeister*innen Themis? Und welche Ideen für die Demokratie der Zukunft schweben ihnen vor? Ich bin gespannt, die Meinung von gestandenen Politiker*innen dazu hören zu können und freue mich auf eine spannende Diskussion.

II. Statements der fünf ehemaligen Pankower Bürgermeister (Bezirk Pankow von Berlin) zum Themis-Modell

1.

Dr. Gisela Grunwald

Bezirksbürgermeisterin von 1998–2000 (PDS)

Die Wahlfreudigkeit wird m.E. durch Verlässlichkeit bzw. Unzuverlässigkeit von Wahlversprechen der Parteien beeinflusst. Sie sind gefordert, sich Interessen von Bürger*innen zu stellen, die bekanntermaßen vielfältig sind.

Deshalb ist Themenorientierung schon mal ein Schritt, überhaupt zu erkunden, was Menschen bewegt. Und viele sind froh, wenn sie ihre Wünsche äußern können. Wenn ein themenorientiertes Wahlverfahren wie Themis für alle Beteiligten transparent ist, gibt es Wählenden auch Einblick darüber, ob die eigene Meinung mehrheitsfähig ist. Als Wählende fällt es uns zwar schwer zuzugeben, wenn eigne Wünsche keine Mehrheit finden, aber es ist zumindest nachvollziehbar.

Parteien bekommen durch ein themenbezogenes Wahlverfahren die Möglichkeit, ihre Ziele nach Mehrheitsforderungen auszurichten (ohne berechtigte Interessen von benachteiligten Minderheiten zu vernachlässigen).

Erprobt wurde Themis in der Kommunalpolitik, in der Parteien – ob durch Proporz, Zählgemeinschaften, Personenwahl etc. – ohnehin stärker zusammenwirken müssen, um Alltagsprobleme zu lösen. Da ist es gut, wenn Themis vor den Wahlen Themen identifiziert und am Ende Ergebnisse misst.

Wenn es mittelfristig dazu führen würde, dass Wahlziele auch hinsichtlich der Umsetzbarkeit konkretisiert werden würden, wäre schon was gewonnen.

2.

Matthias Köhne
Bezirksbürgermeister von 2006–2017 (SPD)

Um ein Problem zu lösen, muss man 1. das Problem erkennen, 2. die Ursache dafür finden und dann 3. die richtigen Instrumente anwenden, um die Ursache zu beseitigen, ohne allerdings dabei neue Probleme zu schaffen. Wer zwar das Problem erkennt, aber eine falsche Ursache sieht, darf sich nicht wundern, wenn das Problem trotz allem Bemühen weiterhin bestehen bleibt.

Ist die Demokratie in der Krise, weil die Menschen zu wenig beteiligt werden? Ohne Zweifel hat der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Insbesondere dort, wo das Lebensumfeld, die direkte Nachbarschaft, verändert werden soll: Ob Wohnungen, Supermärkte, Spielplätze, Grünanlagen,

Bäume, Straßen, ein Golfplatz oder eine Moschee – alles Beispiele aus meiner Amtszeit. In der Regel waren das Verhinderungsinitiativen: „Wir wollen nicht, dass dies oder jenes hier gebaut wird.“

In solchen Diskussionen war der erste Vorwurf oft: „Ihr habt uns nicht beteiligt.“ Damit war allerdings eher gemeint: „Wir wollen entscheiden, dass dies oder jenes hier nicht gebaut wird.“ Hinweisen, dass über bestimmte Dinge eine Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger nicht möglich ist, z.B. ob Baurecht für eine Moschee besteht oder ob Bäume gefällt werden müssen, weil sie nicht mehr standfest sind, umkippen und Schaden anrichten können, wurde öfter entgegengehalten: „Das ist undemokratisch.“ Seit einigen Jahren hat sich ein merkwürdiges Verständnis von Demokratie breit gemacht: „Demokratisch ist, wenn ich meine Meinung durchsetze, wenn nicht, ist das undemokratisch.“ Das Prinzip des „me first“.

Bürgerbeteiligung ist kein Allheilmittel für politische Konflikte und bringt nicht automatisch richtige und allgemein akzeptierte Entscheidungen. Denn auch in der Bürgerschaft gibt es unterschiedliche Interessen. Wenn z.B. für den mit Verkehr hoch belasteten Pankower Ortsteil Heinersdorf eine Umgehungsstraße gebaut werden soll, freut das die Leute im Ortskern und verärgert gleichzeitig diejenigen, die an der

künftigen Trasse wohnen. Wie kann in diesem Fall Bürgerbeteiligung erfolgreich sein?

Bürgerbeteiligung hat Grenzen. Wenn die nicht rechtzeitig formuliert und akzeptiert wird, entsteht Enttäuschung. Nicht alle Grundlagen können in Frage gestellt werden wie z.B. das Baurecht (Moscheebau) oder die Verkehrssicherungspflicht (Baumfällungen). Alle von mir genannten Beispiele stehen für Bürgerengagement aufgrund von Konflikten. Wenn ich mir die 3 Top Themen im Ergebnis der Bürgerbeteiligung in Filderstadt ansehe, dann ist da kein konfliktbehaftetes dabei. Wer sollte auch etwas gegen die Verkürzung von S-Bahn-Taktzeiten, die Verlängerung einer S-Bahntrasse oder den Ausbau des Internets haben?

Ich bin an Konfliktthemen interessiert, denn hier ist politische Führung und Haltung gefragt. In einer funktionierenden Parteiendemokratie müssten die Parteien wissen, welche Themen der Bevölkerung auf den Nägeln brennen. Das ist heute nicht mehr der Fall, weil es in den Parteien zu oft darum geht, um die Mehrheit in der jeweiligen Partei statt um die Mehrheit in der Gesellschaft zu kämpfen.

So gesehen ersetzt das Filderstädter Modell die originären Aufgaben von Parteien. Allerdings mit einer Einschränkung: Die Themen wurden durch die Parteien vorgegeben. Die Chance, im Beteiligungsverfahren andere Themen mit in die Abstimmung zu bekommen, bestand für die Beteiligten nicht.

Das Filderstädter Modell ist ohne Zweifel ein guter Ansatz, um mehr Leute zu beteiligen und Interesse für kommunales Engagement zu wecken. Ich bin unbedingt dafür, dies fortzusetzen, auszuweiten und auch woanders zu probieren. Das Modell ist eine gute Ergänzung der repräsentativen Demokratie.

Aber zurückkommend auf meine Vorbemerkung erwarte ich nicht, dass sich damit die allgemeine Unzufriedenheit, die als Krise der Demokratie identifiziert wird, bewältigen lässt.

3.

Burkhard Kleinert

Bezirksbürgermeister von 2002–2006 (PDS)

Über die Dringlichkeit der Frage, ob Demokratie, wie wir sie kennen, in der Krise steckt, lässt sich trefflich streiten. Diesbezügliche Befürchtungen nähren sich m.E. eher aus demokratieverachtenden Praktiken und dem Auftreten neuer Akteure in der Politik und weniger aus der Skepsis gegenüber dem Funktionieren der demokratischen Institutionen und Regularien. Das Erstarken populistischer Parteien und Bewegungen kann auch als Folge des seit den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts vorherrschenden neoliberalen Gesellschaftsbildes und der daran geknüpften Politik gesehen werden, die unter dem Druck von Globalisierung, digitaler Revolution und finanzmarktgetriebenem Kapitalismus in einer Legitimationskrise steckt.

Soweit, so schlecht. Der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung scheint unabweislich und verspricht Besserung der Ergebnisse und Akzeptanz einer bürgerbetriebenen und bürgerkontrollierten Politik. Mehr direkte Demokratie, weniger Parteienstaat – das wäre die Lösung mit der sich auch Populisten anfreunden könnten.

Was kann auf kommunaler Ebene zur Demokratisierung der “marktkonformen Demokratie" geleistet werden? Zuallererst eine Stärkung eines demokratischen Bürgersinns, der sich aus konkreter Demokratieerfahrung herleiten kann. Willensbildung und Entscheidungen in der Kommunalpolitik unterliegen weniger dem politischen Kalkül der Parteien, sind meistens eng mit konkreten Sachverhalten aus der unmittelbaren Lebenswelt der Bürger verbunden. Die Forderung nach Bürgerbeteiligung trifft hier auf geeignete Adressaten, überschaubare Problemfelder und nachvollziehbare Entscheidungsverläufe. In vielen Bereichen kommunalen Handelns wird Bürgerbeteiligung gesetzlich eingeräumt und teilweise bindend geregelt. In vielen Fällen hat Bürgerbeteiligung zur Qualifizierung und Verbesserung der Akzeptanz von Entscheidungen geführt. Deshalb sollten alle Ansätze zur Weiterentwicklung von Verfahren und Umfang der Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene vorbehaltlos geprüft werden. Das gilt besonders für Konstellationen, bei denen der Bürgerwille mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Kommune kollidiert oder Einzel- und Gruppeninteressen dem Gemeininteresse entgegenstehen.

Zur Abklärung solcher oft spannungsreichen Konflikte kann das vorgestellte Verfahren THEMIS einen Beitrag leisten. Darüberhinaus scheint es geeignet, die Willensbildung der Parteien in den Kommunalvertretungen enger mit dem Bürgerwillen zu verbinden. Als Instrument zur Politikberatung könnte es auch die Bildung handlungsfähiger Koalitionen erleichtern. Als Risiko und Nebenwirkung könnte sich eine Entlastung der Parteien vor der Erarbeitung eigener erkennbarer politischer Positionen und die Einebnung bestehender Unterschiede entwickeln, aus meiner Sicht ein Schritt in Richtung Alternativlosigkeit und damit der Demokratie abträglich.

4.

Alex Lubawinski
Bezirksbürgermeister 2000–2002,
danach Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus (SPD)

Jede Partei hat eine Liste von Themen. Als Wähler*in hat man nun die Möglichkeit, ein Kontingent von – beispielsweise 20 Stimmen – auf die Themen zu verteilen oder kumulieren, panaschieren und streichen. Themis soll den Fokus wieder auf die Inhalte lenken, die die Parteien zur Wahl stellen. So soll der zunehmenden Personalisierung und dem Personenfokus in der Politik begegnet werden.

Ich habe da meine Zweifel. Nur ein Teil der Wähler, wenn sie durch das Verfahren nicht von der Wahl abgeschreckt werden, wird mit dem Verfahren zurechtkommen. Dieser Teil definiert die Inhalte. Die Anderen orientieren sich weiterhin an Personen/Parteien. Der Vergleich mit der Schweiz hinkt. Dort geht es bei der Abstimmung um einen ganz konkreten Inhalt.

Meine positiven Erfahrungen zur Bürgerbeteiligung konnte ich in der Nachwendezeit sammeln. Auch hier standen die Inhalte/ Aufgaben im Vordergrund, gefolgt von Personen, in die betroffene Bürger ihr Vertrauen setzten. Die Parteienlandschaft spielte auf der kommunalpolitischen Ebene kaum eine Rolle.

5.

Harald Lüderitz

Bezirksbürgermeister von Mai 1990 bis September 1992 (SPD)

Herr Dr. Albrecht stellte uns in seiner Mail vom 27.12.2018 die Ansätze der Forschungstelle Demokratische Innovationen der Goethe-Universität Frankfurt / Main vor: „Den Forschern geht es um Innovationen von morgen. Festgestellt wird das Auslaufen eines alten Demokratiemodells, genauer, der klassischen repräsentativen Parteiendemokratie. Deren Krise ist ein notwendiger Anstoß für die Suche nach neuen Demokratieformen.

Die Bürgerbeteiligung mit „Themis“ ist ein Schritt in diese Richtung. Die zur Bewertung zusammengestellten Themen stammen aus den Parteifraktionen des Gemeide-

rates von Filderstadt. Und zwar von den gewählten Abgeordneten, die ihre Schwerpunkte – unter Berücksichtigung der Akzeptanz und ihrer zukünftigen Wiederwahl – den Bürgern, die sie gewählt haben, vorgelegt haben.
Ein Teil der Themen sollte von den Bürgern direkt eingereicht werden können. Jonathan Rinne postuliert einen „Sinneswandel der gewählten Politiker: Sie müssen sich den Wünschen der Bevölkerung unterordnen und deren Zielvorgaben umsetzen.“ Dazu sind sie eigentlich gewählt. Und an dieser Stelle krankt nach meiner Meinung das System der repräsentativen (typisch für den Bevölkerungsdurchschnitt) Demokratie, das sich ja erst nach der französischen Revolution bis zu der heutigen Form entwickelt hat. Zum Beispiel kommen derzeit mehr als 40 Prozent der Bundestagsabgeordneten aus dem Öffentlichen Dienst.

Wer sich mit Demokratiegeschichte befasst, stellt fest, dass eine Erkenntnis der alten Denker es nicht in unsere Zeit geschafft hat – so wurden die Mitglieder der Athener Regierung, des Rates der 500, nicht gewählt sondern ausgelost. Aristoteles schrieb im 4. Jahrhundert vor Christus: „So gilt es, will ich sagen, für demokratisch, dass die Besetzung der Ämter durch das Los geschieht, und für oligarchisch, dass sie durch Wahl erfolgt.“

Die Idee, dass normale Bürger Gremien zugelost werden, wo sie mit Hilfe von Experten und Dokumenten zu Themen informiert und beraten werden, um dann Entscheidungsvorschläge zu machen und Entscheidungen zu fällen, finde ich erprobungswürdig.

Mein Vorschlag: Eine Kombination aus Wählen und Losen für die Bestimmung von Abgeordneten für Parlamente, Gemeindevertretungen und Gremien. Anfänglich könnte z.B. der auszulosende Anteil ein Drittel betragen. Die Dazugelosten würden sogar bei perspektivischen und visionären Themen bessere Entscheidungen treffen als Berufspolitiker, denn in ihren Entscheidungen spielt die eigene Karriereperspektive keine Rolle. Das Interesse am Amts- und Mandatserhalt würde beim Abstimmungsverhalten somit keine Rolle spielen.

In der Republik Irland haben im Jahr 2013 ausgeloste Bürger mit Politikern einen neuen Verfassungsentwurf eingebracht, der so in Kraft gesetzt worden ist.

III. Gesprächsbeiträge aus dem Diskursverlauf

Ein zentraler Einwand aus dem Publikum (in Anlehnung an *Mausfeld: Warum schweigen die Lämmer?*) wurde vom Podium teils kritisch und / oder für die Kommunalpolitik als wenig relevant aufgenommen:

Beispielhafte Frage aus dem Publikum

„...Ist der gesellschaftliche Grundwiderspruch vor dem Hintergrund steter persönlicher und politischer Erfahrung zwischen der Macht des Kapitals, der großen Betriebe in der Kommune, nicht prinzipiell bestimmender als der Wille und Wunsch der Bürger in ihrer Kommune...?"

Gesprächsbeitrag Bürgermeisterin a.D. Gisela Grunwald:

Meine Meinung ist, dass ich Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik sehr schätze, aber nicht davon ausgehe, dass gesellschaftliche Grundwidersprüche davon gelöst werden. Wenn ein themenorientiertes Wahlverfahren wie Themis für alle Beteiligten transparent ist, gibt es uns Wählenden aber den Einblick darüber, ob unsere eigene Meinung mehrheitsfähig ist. Das fällt uns zwar schwer zuzugeben, wenn eigene

Wünsche keine Mehrheit finden, aber zumindest ist es nachvollziehbar. Und ich denke, es ist auch immer die Frage, inwieweit die Alltagsprobleme der Bürgerinnen und Bürger berührt werden. Das hat man ja an diesem Themenkatalog gesehen, wie Viele ähnliche Alltagsprobleme haben.

Parteien würden durch ein themenbezogenes Wahlverfahren auch die Möglichkeit bekommen, ihre Ziele nach Mehrheitsforderungen auszurichten, ohne aber berechtigte Interessen von benachteiligten Minderheiten zu vernachlässigen. Erprobt wurde dieses Modell in der Kommunalpolitik, in der Parteien, die durch Proporz, Zielgemeinschaften, Personenwahl etc. ohnehin stärker zusammenwirken müssen, diese Themen des Alltags der Kommune zu lösen haben. Dann ist es schon gut, wenn **vor** den Wahlen diese Themen identifiziert werden. Denn es gibt zum einen zu viele Versprechen, die nach der Wahl nicht eingehalten werden, und übergroße Erwartungen auf der anderen Seite, wie auch persönliche Situationen positiv beeinflusst werden könnten, wenn ich mich beteiligen würde. Wenn es mittelfristig dazu führt, dass Wahlziele auch hinsichtlich der Umsetzbarkeit konkretisiert werden würden, wäre schon manches gewonnen...“

Gesprächsbeitrag Bürgermeister a.D. Burkhard Kleinert:
Ich werde mich jetzt nicht mit Herrn Mausfeld und dessen Überlegungen auseinanderzusetzen. Das Thema Neoliberalismus würde uns wahrscheinlich sehr vom Thema wegführen, denn wir sind Kommunalpolitiker. Wenn wir hier heute einen sinnvollen Beitrag leisten können, dann durch Erfahrungen aus der Kommunalpolitik.

Insofern würde ich die Krise der Demokratie nicht in den Fokus nehmen, weil ich auf kommunaler Ebene meine, dass die Institutionen, die durch die Verfassung vorgegeben sind, deren 70-jähriges Bestehen wir gerade herzhaft feiern, im Vordergrund stehen. Das, was die Verunsicherung bewirkt, ist das Auftreten neuer Akteure, die - demokratiefeindlich wäre vielleicht eine Übertreibung - die Demokratie im gegenwärtigen Status aber in Zweifel ziehen. Und daraus ergeben sich Diskussionen, die auch demokratietheoretisch bedeutsam sind.

Aber generell muss man für die kommunale Arbeit zunächst konstatieren, dass dieser Wunsch nach Beteiligung deutlich zunimmt. Und wir dürfen nicht übersehen, dass es bereits eine ganze Reihe rechtlich vorgesehener oder formalisierter Beteiligungsverfahren gibt, und zwar immer sachorientiert. Bauvorhaben z.B., wo es um

Bebauungsplanverfahren gibt, da ist Beteiligung vorgeschrieben. Wir haben auch viele gute Erfahrungen machen können, wenn es darum geht, Freiflächen zu gestalten, Kinderspielplätze zu gestalten, sofern das möglich ist. Und da gibt es auch negative Erfahrungen. Ich denke, wo Beteiligung dann läuft und durchgeführt wird, kommen oft bessere Ergebnisse raus, als es im normalen Verwaltungsgang üblich ist. Insofern ist Beteiligung auch eine Qualifizierung von Kommunalpolitik und unverzichtbar. Deswegen muss jeder Versuch, hier die Möglichkeiten zu erweitern, vielleicht auch durch neue und verbindlichere Verfahren positive Ergebnisse zu befördern, unterstützt werden.

Was in dem Modell, das hier vorgestellt worden ist, aus meiner Sicht zu kurz kommt, ist die Würdigung sowohl der wirtschaftlichen als auch der rechtlichen Voraussetzungen von Kommunalpolitik. Es ist nicht so, dass wir uns quasi im freien Raum bewegen, wo alles, was gefällt, wenn es eine ausreichende Mehrheit findet, auch realisiert werden kann. Speziell die Berliner Verfassung, mit der man sich, wenn man über Berliner Kommunalpolitik redet, intensiver beschäftigen muss, sieht große Einschränkungen vor, gerade was die Rolle und Möglichkeiten von Bezirken angeht. Das ist aber ein Sonderthema. Aber Fakt ist, dass natürlich nicht jeder Wunsch in Erfüllung gehen kann: Selbst wenn sich die große Mehrheit dafür ausspricht. Dann müssen wahrscheinlich Veränderungen an anderer Stelle versucht werden, z.B auf Landes-, möglicherweise auch auf Bundesebene. Ich sehe das vorgestellte Modell in erster Linie als einen Ansatz in der Kommunalpolitik. Auf der Ebene von Ländern und im Bund ist es schwer vorstellbar, dass das funktioniert.

Ich will noch auf einen anderen Punkt kommen, der mir als Risiko und Nebenwirkung erscheint. Mit diesem Verfahren – ich kann da schiefliegen – wird nach meinem Eindruck ein Prozess forciert, der die Entscheidungsmöglichkeiten für das, was Parteien wollen, verändert. Es hat tendenziell einen angleichenden Charakter. Es wird eine Vereinheitlichung, in gewisser Weise in Richtung Einheitspartei, angestrebt. Das lehne ich prinzipiell, auch aus historischer Erfahrung, ab. Wir haben schon jetzt das demokratieschädigende Phänomen, dass die Parteien aufgrund der wachsenden Vielfalt und auch der fehlenden Größe von Wählerpotenzialen immer mehr in die Position kommen, notgedrungen ihre Programme anzugleichen. In großen Koalitionen sieht man das. Man sieht aber auch, wie sich Parteien in solchen Zusammenhängen

verschleißen. Und ich tendiere dazu, dass die Parteien sich schärfer profilieren müssen, damit die Bürger tatsächlich Alternativ-Wahlen durchführen können. Derzeit unterscheiden sich die großen Parteien in ihren Programmen kaum noch. Das ist eine Nebenwirkung, die man bei dem vorgestellten Ansatz bedenken muss.

Dennoch sollte man auch solche Modelle ausprobieren. Ausprobieren kann nie schaden, also testen, inwieweit sie praktikabel sind. Was ich mir wünsche ist, dass darartige Verfahren Beiträge leisten können zur Konflikterkennung, Konfliktvermeidung und möglicherweise auch zur Konfliktschlichtung. Wir haben in der kommunalpolitischen Praxis eine Vielzahl von Problemen, die nicht in einer Einheitslösung behoben werden können. Es gibt Interessen, die sind nun einmal unterschiedlich. Und da hilft auch nicht der Versuch, diese Widersprüche durch Verfahren zu glätten, sondern es kommt am Ende letztlich auf Mehrheiten an. Es ist so, dass bestimmte Entscheidungen – natürlich im Rahmen des Rechts – unter den wirtschaftlichen Möglichkeiten getroffen werden müssen.

Gesprächsbeitrag Bürgermeister a.D. Alex Lubawinski:

Als Kommunalpolitiker, als Ex-Bürgermeister, sehe ich das ähnlich wie der Kollege Köhne, allerdings verschärft in Richtung repräsentative Demokratie, d.h. bezogen auf die repräsentative Stellung des Bürgermeisters. In allen Bundesländern, also Flächenländern, bis auf die Stadtstaaten, werden die Bürgermeister direkt gewählt, zum Teil auf acht Jahre. Brandenburg z.B. oder Baden-Württemberg wählt acht Jahre. Und das Geschick einer Gemeinde, einer Kommune, hängt dann in vielerlei Hinsicht von diesem Bürgermeister ab. Sein Geschick ist entscheidend dafür, ob solche Konflikte wie z.B. verschiedene Herangehensweisen an Bürgerbeteiligungen und Konflikte, die in der Kommune entstehen, von diesem Bürgermeister gemeistert werden. Das heißt, er muss zwischen den Fronten ausgleichen, Kompromisse finden, Entscheidungen treffen, um die Gemeinde vorwärts zu bringen. Wenn er es nicht packt – passiert relativ selten in Deutschland –, wird er abgewählt, vorzeitig, ist dann nicht für acht gewählte Jahre im Dienst.

Die repräsentative Demokratie, die von einzelnen Persönlichkeiten sehr stark abhängt, ist ein wichtiger Garant dafür, dass die Gesellschaft auch funktioniert. Wir neigen dazu, vieles zu zerreden, vieles zu komplizieren. Wenn ich an Wahlen denke, ich bin oft in Wahllokalen gewesen bei verschiedenen Wahlen, wenn wir jetzt die Bezirksverordnetenversammlung wählen, das Abgeordnetenhaus wählen, eventuell auch irgendwie eine Volksabstimmung haben oder irgendein anderes Kreuz machen, passieren die meisten ungültigen Stimmen, weil die Leute, die sich nicht tagtäglich mit der Politik befassen, einfach überfordert sind. Und wenn ich mir vorstelle, dieses Modell, das wir hier gesehen haben, unvorbereitet auf den Tisch zu packen, bin ich mir ziemlich sicher: 80% der Menschen sind damit überfordert. Das heisst, nur ein bestimmter Teil der Menschen, die ganz intensiv Politik betreiben, also sprich Eliten, sind in der Lage, das zu erfassen und dann das entsprechende Ergebnis zu erzielen. Ich halte daher das präsentierte Modell nicht für unbedingt zielführend.

Frage aus dem Publikum:

„...Ist die Kommunalpolitik nicht zu weit entfernt von den Bürgerinteressen? Wie kommen Bürgermeister denn zu ihren Erkenntnissen, was Bürger in der Kommune durchsetzen wollen? Wie erfahren sie von realen Interessen der Bürger?...

Gesprächsbeitrag Bürgermeister a.D. Matthias Köhne:

Also, mir war es immer wichtig, dass der Bürgermeister nicht im Rathaus darauf wartet, dass die Bürgerin und der Bürger zu ihm kommt, sondern dass der Bürgermeister rausgeht zu den Leuten. Die erste Bürgersprechstunde, die ich gemacht habe, die war auf dem Markt am Pankower Anger, und die nächsten Bürgersprechstunden dann auch regelmäßig dort, wo die Leute sind, vor U-Bahnhöfen, vor Einkaufszentren, in Einkaufszentren usw. Ich glaube aber, als Bürgermeister hat man ein besonderes Privileg, denn jeder Verein, jede Organisation im Bezirk will irgendwie den Bürgermeister sehen, und man ist ständig vor Ort. Man sollte jedenfalls ständig vor Ort sein und nicht immer absagen. So etwas gibt es auch, habe ich gehört. Also, wenn das geht, sollte man dahingehen. Und natürlich hat man dann ganz viele Gespräche und weiß genau, was los ist. Das ist das Privileg als Bürgermeister, weil man in Bereiche kommt, in die man als ‚Normaler' niemals kommen würde. Ich glaube nicht, dass ich so viel in Kleingartenvereinen gewesen wäre, wenn ich nicht Bür-

germeister geworden wäre. Das ist das Entscheidende, um nochmal auf die Kernfrage zurückzukommen, warum wissen Parteien eigentlich nicht, was die Leute wollen?

Das Problem liegt in der Sozialstruktur der politisch Tätigen in den Parteien, weil dort eben nicht mehr repräsentiert wird, was die Bevölkerung ist, sondern eine bestimmte Klasse. Nämlich die politische Klasse, die sich hier selbst rekrutiert. Da sind Abgeordnete, die haben Mitarbeiter, da sind Leute, die in Ministerien arbeiten, die im Landtag arbeiten, die in Senatsverwaltungen arbeiten, überall in Organisationen, die wichtig sind. Und das ist auch gut so, dass sie sich engagieren. Aber das ist ein bestimmter **‚closed job',** wo man nicht mehr rausgeht und nichts mehr sieht, keinen Kontakt mehr hat mit anderen Situationen. Und das ist das Grundproblem. Deswegen wissen Parteien oft nicht, was eigentlich wichtig ist vor Ort.

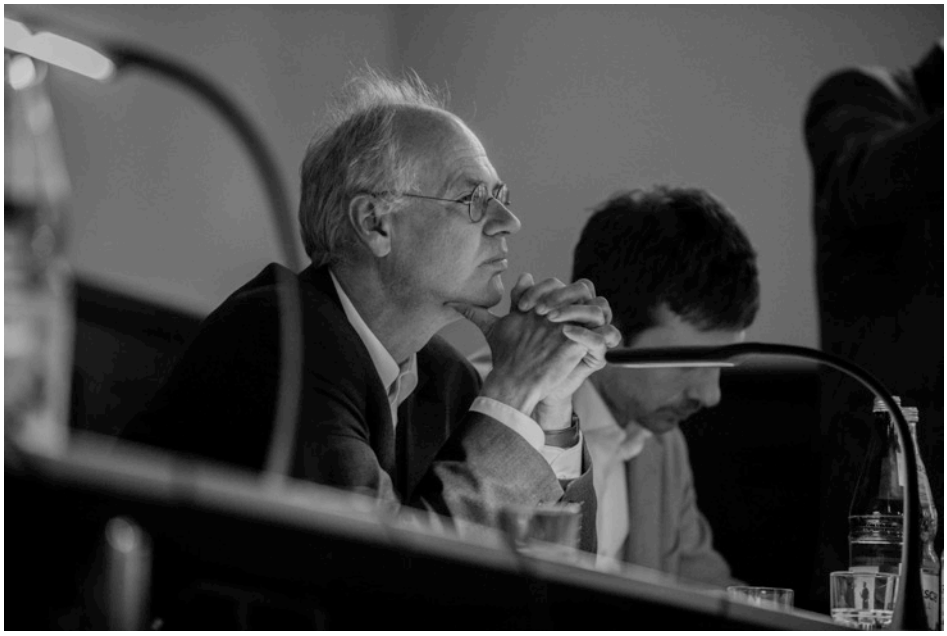
Gesprächsbeitrag Bürgermeister a.D. Alex Lubawinski:
Aus meiner Erinnerung – das ist ja immerhin schon 17 Jahre her, als ich Bürgermeister war –- erinnere ich mich gerne an diese Zeit. Und ich fand auch die Bürgerinitiativen und Bürgerbeteiligungen, die grundsätzlich erst einmal dagegen waren, dass irgendwas passiert, schon spannend und interessant. Aber auch besonders gern erinnere ich mich an die Zeit, wenn wir als Bezirksamt bzw. als Stadtrat oder wie auch immer Bürger aufgerufen haben, mitzuhelfen, mitzugestalten. Und das hat in Pankow eigentlich immer wunderbar geklappt.

Frage aus dem Publikum:

„...Es ist heute nur geringes Interesse, Verständnis und Engagement der Bürger für kommunale Arbeit ersichtlich. Bei den Kommunalwahlen ist die geringste Wahlbeteiligung festzustellen (weit unter 50 %). Wie lässt sich ein Engagement der Bürger in und für die Kommune aktivieren?

Gesprächsbeitrag Bürgermeister a.D. Matthias Köhne:

Also, ich glaube, dass ist einfach zu negativ, wie Sie es gerade darstellen, denn die Menschen in Pankow engagieren sich. Aber sie engagieren sich immer nur dann, wenn sie selber betroffen sind. Und das ist menschlich. Ich muss niemanden dazu bringen, der in Buch wohnt, dass er sich mit der Lärmbelästigung im Mauerpark auseinandersetzt. Das ist völlig klar, und das finde ich auch in Ordnung. Nur der Umgang miteinander, glaube ich, ist das Entscheidende, die Akzeptanz, die gegenseitige Akzeptanz, dass man nicht so auftritt, wie ich eingangs sagte. Also: ich muss mich hier durchsetzen als Bürger. Und wenn ich das nicht tue, dann ist das alles undemokratisch und dann wähle ich nächstes Mal ganz schlimme Parteien. Das ist der Punkt. Und jeder Bürgermeister oder jeder Kommunalpolitiker, dem muss bewusst sein, dass er nicht bekannt ist wie ein Bürgermeister in irgend einem anderen Ort. Hier gibt es 12 Bezirksbürgermeister, die Leute gucken alle nur auf den Senat, weil die eigentliche Kommunalpolitik von Berlin findet nicht im Bezirk statt, sondern das Abgeordnetenhaus und der Senat, das ist die Kommunalpolitik von Berlin. Das ist noch einmal die besondere Struktur, die wir haben.



Sie haben vorhin gefragt: Was können wir denn machen? Was können Bürger machen, wenn sie beklagen, dass ihre Themen nicht mehr vorkommen? Und da will ich Ihnen eine ganz enttäuschende Antwort geben: Dann treten Sie in Parteien ein. Denn man kann sich nicht nur beklagen. Und wenn man das System versteht, um über die eigenen Region hinaus etwas zu verändern, dann geht das nur über Parteien. Ich finde, der Angriff, der hier gestartet wird, teilweise auf die repräsentative Demokratie, ist falsch. Es geht darum, sie zu stärken und nicht, sie kaputt zu machen.
Und ich glaube auch nicht, dass wir keine Krise der Demokratie haben. Wenn wir uns umsehen, nicht nur in Deutschland, sondern allein die Nachbarländer und darüber hinaus, was da passiert in Polen, in Ungarn, in der Türkei, in den USA – dort werden Grundsätze der Demokratie infrage gestellt. Und die werden nicht vom Volk infrage gestellt in erster Linie, sondern von den Regierungen. Das ist ein Angriff der Demokratie von oben. Und hier werden ganz klar Gewaltenteilungen infrage gestellt, die Pressefreiheit wird hintertrieben, Wahlen werden nicht mehr akzeptiert. So fängt es an. Demokratien sterben nicht von allein, sondern die Leute werden gewählt. Und sie alle haben die Möglichkeit, dafür zu sorgen, dass solche Leute bei uns nicht gewählt werden. Tun Sie das!

Gesprächsbeitrag Bürgermeister a.D. Lubawinski:
Wenn ich an die Gestaltung der Schullandschaft in Pankow denke. Wir sind dem westlichen System nach der Wende beigetreten, mussten aus den Polytechnischen Oberschulen das viergliedrige Schulsystem machen, also auch die 1.500 Lehrer damals in Pankow neu aufteilen. Und beim Aufruf zum Mitmachen sind ganz, ganz viele gekommen. Wir sind quer durch den Bezirk gefahren und haben gemeinsam diese für uns neue Schullandschaft gestaltet, die im Grunde genommen bis heute noch Bestand hat. Also, so schlecht war es nicht. Ich fand das schön. Ich war gerne Bürgermeister und ich werde auch heute noch oft zu Veranstaltungen eingeladen. Und ich bin hier einfach Zuhause.

Frage aus dem Publikum:
„...Müsste man nicht grundsätzlicher an Demokratie-Reformen herangehen? Reichen denn die genannten kommunalpolitischen Verbesserungsvorstellungen (wie z.B. im Modell,Themen statt Personen') zur Rettung der Demokratie der Zukunft?"

Gesprächsbeitrag Bürgermeister a.D. Harald Lüderitz

Mein Vorschlag, der aus der Antike, aus dem Mittelalter und aus der Neuzeit stammt, lautet: Warum kann man die an Problemen Interessierten nicht nach einem System auslosen, die Hälfte Frauen, die Hälfte Männer, Altersgruppen berücksichtigen und davon diejenigen nehmen, die bereit sind, mitzumachen. Dann kann man 1.000 auslosen oder 500, die man braucht. Das wäre eine Alternativ-Variante. Und diese Leute, bevor sie die Themen von den Parteien vorgelegt bekommen, sollten ihnen relevant erscheinende Themen, nicht die der Parteien, aufschreiben und das der Stadtverwaltung vorlegen. Aus diesen gebündelten Vorschlägen könnten Hauptthemen zusammengestellt werden, die denen der Parteien gegenüber zu stellen wären. Es wäre spannend, was dabei rauskommt, ob da nicht ganz andere Themen aus der Bevölkerung heraus präferiert würden.

Ich möchte auf die Historie ganz kurz eingehen, was das Verfahren des Auslosens betrifft. Was sagte Aristoteles: Wahlen, das ist ein oligarchisches Verfahren innerhalb der Demokratie, aber eine direkte Demokratie sei nur durch Auslosen möglich. Das war vor 2.400 Jahren. Das haben die Städterepubliken Venedig und Florenz über Jahrhunderte so gemacht. Die Venezianer haben 500 Jahre lang - und eine ganz stabile Zeit – damit verbracht, den Dogen, den auf Lebenszeit eingesetzten Herrscher der Stadtrepublik, durch ein mehrstufiges Loswahlverfahren in sein Amt zu bringen. So hatten verschiedene Familien und verschiedene Bürgergruppen alle eine gewisse Befriedigung dabei und fühlten sich vernünftig vertreten. Das System des

Auslosens endete damit, dass sich die USA als demokratischer Staat gründeten, und im 18. Jahrhundert mit der Französischen Revolution begann das elitäre demokratische System über Wahlen, dass man Kandidaten vorschlägt, die dann zur Wahl stehen. Das war allerdings nicht mehr die direkte Demokratie. Und diese kommt jetzt erst in unseren Jahren wieder zum Vorschein.

Es gibt ein aktuelles Bespiel: In der Republik Irland war sich im Jahre 2013 das Parlament nicht einig und konnte sich nicht durchringen, über Fraktionen Vorschläge für eine Verfassungsänderung einzubringen, und zwar zu Fragen der Familienrechte, der gleichgeschlechtlichen Ehe – fünf oder acht Themen waren das. Keiner traute sich daran. Schließlich hatte man sich dazu durchgerungen, einen Vorschlag zu unterbreiten, der konkret zum Ergebnis führte, nämlich 100 Bürger bzw. 66 auszulosen und noch 33 Parlamentarier dazuzustellen. Diese bildeten eine Versammlung, die innerhalb von einem Jahr eine Verfassungsänderung auszuarbeiten hatte. Sie haben sich ca. 20 mal getroffen und haben Fachberater dabei gehabt. Zudem sind sie für den Zeitraum ihrer Tätigkeit vernünftig bezahlt worden. Das Ergebnis haben sie 2015 dem Parlament vorgelegt. Und das Parlament stimmte dem zu. Der nächste Schritt war, dass dieser Verfassungsänderungsentwurf vom Parlament als Referendum den Bürgern Irlands vorgelegt wurde. Die haben zu 65 % dieser Verfassungsänderung zugestimmt - und das in einem überwiegend katholischen Staat mit Änderungen für gleichgeschlechtliche Ehe, zum Scheidungsrecht usw. Das war am 22. Mai 2015, also heute vor vier Jahren, den Iren gelungen, solche demokratisch beispielgebenden Verfassungsreformen mit Leuten von außen zu verwirklichen.

IV. Nachbemerkung des Moderators

Peter-Alexis Albrecht (Vorstand Cajewitz-Stiftung)

Im Mai 2019, zum Zeitpunkt dieses Waisenhausgesprächs, war es noch nicht absehbar, dass sich auch „Volksparteien“ vor Wahlen Reformenvorstellungen **direkter** Demokratie öffentlich verstärkt zuwenden. Das hat sich im Laufe des Jahres 2019 geändert. In Sachsen schlug der dortige CDU-Ministerpräsidet Michael Kretschmer im Wahlprogramm zur Landtagswahl im Herbst 2019 Bürgerplebiszite als „**Volkseinwand**“ im Rahmen der Landesgesetzgebung vor. Bürger sollen diesem Vorschlag zufolge vom Landtag beschlossene (ausgewählte) Gesetze ablehnen können.

Der Spitzenkandidat der Linken in Sachsen, Rico Gebhardt, lehnte die Idee des CDU-Ministerpräsidenten Ketschmer ab. In einem Interview mit der in Berlin erscheinen Tageszeitung „neues deutschland“ (Diensttagausgabe, Woche vom 12.8.2019), sagte Gebhard: „Kretschmer will, dass die Bürger ‚nein’ sagen dürfen. Wir wollen, dass sie ‚ja’ sagen können.“ Dafür müssten die Hürden niedriger werden. „Wir haben dazu die Idee, das **Quorum für Volksanträge** an die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl zu koppeln.“ Kretschmers Vorschlag nannte Gebhardt dagegen ein Zugeständnis an die sogenannten Wutbürger, „getrieben von der Angst vor der AfD“ (Quelle: OTS: *neues deutschland newsroom* vom 12.8.2019).
Wir sehen: Elemente **direkter** Demokratie sind auf dem Vormarsch. Der repräsentativen Demokratie werden – analog den real erfolgreichen Modellen in der Schweiz – Elemente direkter Demokratie gegenüber oder wenigstens ergänzend zur Seite gestellt. Die Souveränitätsträger der Demokratie – Bürgerinnen und Bürger – reklamieren mehr Selbstbestimmung für sich und das politische Schicksal ihres Gemeinwesens. Eine **neue Akzentuierung und Mischung** von *direkter* legislativer Selbstbestimmung, *notwendiger* zentraler Repräsentation und *aufklärenden* (deliberativen) Verfahren kann die Demokratie zukunftsfähig gestalten. Demokratie heißt und ist **Volkssouveränität**, gekennzeichnet und verwirklicht durch

- **Aufklärung**:
  verständliche öffentliche Sachdebatten durch und in unabhängigen Gremien,
- **Partizipation**:
  mehr Engagement erzeugt durch stärkere Beteiligung und
- **Autonomie**:
  Rückgewinnung der direkten legislativen Gewalt durch das Volk als Souverän.

All das verspricht Zuwachs für **Volkssouveränität** von morgen, die – ansonsten im ‚closed job’ ausschließlich gewählter Repräsentation – Spielball oligarchischer Interessen bleibt. Das Modell Themis bietet dankenswerte Anstöße für eine erforderliche, dringende Generaldebatte zur Zukunft der Demokratie als Volksherrschaft. Das zeigen auch die Argumente der fünf erfahrenen Bürgermeister*innen aus dem Bezirk Pankow von Berlin, denen die Cajewitz-Stiftung für ihre Offenheit verbunden ist.